

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Abonnement monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Einschließung: Dresden-21, Osterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr  
Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tagesseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 22. Mai 1929 Nummer 116

## Enthüllungen über das Preußenkonkordat

### Die preußische SPD schenkt dem Papst 21 Millionen

Berlin, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Demokratische Zeitungsdienst bringt weitere Einzelheiten über den Inhalt des von der preußischen sozialdemokratischen Koalitionsregierung abgeschlossenen Konkordats. Ueber die Neuregelung der finanziellen Verhältnisse zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche teilt er mit, daß die finanziellen Leistungen Preußens an die katholische Kirche, die bisher 1,4 Millionen RM jährlich betragen, sich in Zukunft allein durch die Neuschaffung der Erzdiözesen und Bistümer auf den Betrag von insgesamt 2,8 Millionen RM jährlich steigern würden. Darin seien die Zuschüsse noch nicht inbegriffen, die der Staat an die katholischen Geistlichen und die Kirche leistet. Diese Summen, die im Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auszuweisen werden, betragen für das laufende Jahr rund 21,4 Millionen RM.

Innerhalb der preußischen Regierung sei man durchaus bereit, entsprechende finanzielle Zugeständnisse auch der evangelischen Kirche zu machen und damit den Forderungen der Deutschnationalen und Volkspartei im Landtag entgegenzukommen.

Der Abschluß des Konkordats durch den Sozialdemokraten Braun bringt der Kirche Einnahmen von mehreren Millionen Mark, die durch neue Steuerbelastung der Arbeiterklasse beschafft werden sollen. Mit allen Mitteln wird man versuchen, den sozialreaktionären Kurs, wie er von der Volkspartei und den Deutschnationalen gefordert wird, durchzuführen. Abbau der Erwerbslosenversicherung, Abbau der Renten für die Kriegsgipfel und Erhöhung der Versicherungsbeiträge, sind die für das Proletariat entsetzlichen Folgen aus dem Abschluß des Konkordats. Sozialdemokratie, Kirche und Faschismus haben den Bund auch des Proletariats geschlossen. Mit allen Mitteln wird die Kirche versuchen, ihren Einfluß über die Schulen, über die mit dem Sozialdemokraten Braun getroffenen Vereinbarungen hinaus zu vergrößern. Die Arbeiterklasse darf

darum diesen, mit dem Abschluß des Konkordats zusammenhängenden Fragen, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie muß den Pakt zwischen Papst und Otto Braun bekämpfen.

Die Führerin in diesem Kampfe mußte die Freidenkerorganisation sein, deren reformistische Leitung jedoch hilflos diesen Fragen gegenübersteht und im Interesse der sozialdemokratischen Parteipolitik jeden Kampf gegen das Konkordat unterlassen wird. Viel wichtiger für die reformistische Leitung des Freidenkerverbandes ist die Führung des Kampfes gegen die Opposition und die Spaltung der Freidenkerorganisation. Der Kampf um die Einheit der Freidenkerbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes bildet darum mit der Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung derartiger Abkommen, wie sie jetzt von der Sozialdemokratie mit der Kirche abgeschlossen werden.

### Metallarbeiter! Alarm!

Die Auseinandersetzungen zwischen der Opposition und der sozialfaschistischen Bürokratie in DMB sind in ein verschärftes Stadium getreten. Durch die brutale Anwendung der Macht des Gewerkschaftsapparates konnte die SPD zwar verhindern, daß die Opposition entsprechend ihrer Stärke in den Apparat selbst einbrang, doch gelang es nicht, die ideologische Gewinnung der Metallarbeiter für die Anwendung der revolutionären Gewerkschaftstaktik aufzuhalten. Die Betriebsratswahlen sind für sie ein Menetekel, das sie veranlaßt, getreu ihrer sozialfaschistischen Rolle überall da zur Spaltung zu streiten, wo es ihr nicht gelingt, die oppositionellen Metallarbeiter von den Mitgliedern zu isolieren. Sie zerflügelt bemüht die Einheit, um sich im Verband an der Führung zu halten und ihre ihr vom Trustkapital zugewiesene Aufgabe — die Sicherung des Wirtschaftsfriedens zur verhärteten ungestörten Ausbeutung der Arbeiter im Interesse der Ueberwindung der Härten werdenden imperialistischen Schwierigkeiten des deutschen Trustkapitals — erfüllen zu können.

Die Berliner Rohrleger mit 3008 Mann, zu 95 Prozent im DMB organisiert,

leben seit 10 Jahren unter Führung des Genossen Niederkirchner und stehen ebenso lange in Opposition gegen den wirtschaftsfriedlichen Kurs der Verbandsführung. Unter oppositioneller Führung haben sie sich in Berlin Löhne und Arbeitsbedingungen erkämpft, die für sämtliche Metallarbeiter vorbildlich sind. Seit Jahren versuchen die Reformisten, den Branchenleiter Niederkirchner von der Führung zu beseitigen, doch immer haben ihn seine Kollegen verteidigt, so daß es der Bürokratie klar war, daß ein Angriff auf Niederkirchner den Konflikt mit der Branche bedeute. Aber eben deswegen wurde Niederkirchner seiner Funktion enthoben. Der angebliche Grund war die Ablehnung Niederkirchners, seine Partei, die KPD, zu verleugnen. Vorher hatte der Bevollmächtigte Ulrich bereits erklärt, daß er den Kampf mit der Opposition satt habe und vor dem Hinauswurf von Zehntausenden nicht zurückschrecken werde. Jetzt wird mit den Rohrlegern der Hinauswurf von Massen begonnen.

Nach der Funktionsenthebung ihres Branchenleiters beschloßen die Rohrleger in mehreren Funktions- und Mitglieder-versammlungen, die von 2000 bis 2500 Kollegen besucht waren, einstimmig:

**Niederkirchner bleibt unser Branchenleiter.**  
Auf Beschluß der Rohrlegerfunktionäre berief Niederkirchner die oppositionellen Funktionäre der Metallindustrie zur Bildung eines Abwehrkomitees zusammen, um die beabsichtigte Isolierung der Rohrleger von den anderen Metallarbeitern zu verhindern und gleichzeitig eine breite Abwehrfront gegen die Spalter herzustellen. Darauf wurde Niederkirchner ausgeschlossen. Hohmann sagt das Ausschlußschreiben, daß er sich beim Vorstand, Ausschuss und letzten Endes beim Verbandstag hätte beschweren können, was soviel bedeutet, als den Teufel bei seiner Großmutter zu verklagen, da alle diese Instanzen von Sozialdemokraten besetzt sind.

Trotz des Ausschlusses wählten die Rohrleger am 25. April in einer von 2000 Kollegen besuchten Branchenversammlung Niederkirchner gegen eine Stimme erneut zum Branchenleiter.

Jetzt zeigte die Ortsverwaltung ihre wahren Absichten. Die gesamte oppositionelle Branchenleitung wurde abgesetzt und die Rohrleger aufgefordert, ihre Adresse an die Ortsverwaltung einzufenden. Das bedeutete praktisch die Auslöschung der Branche. Ihr Ziel, die Rohrleger auseinanderzureißen, haben die Spalter jedoch nicht erreicht. Knapp 90 Mann meldeten sich, noch dazu alles SPD-Leute, die von Ulrich und Eckert dazu benutzt werden sollen, am 1. Juni, wenn die Rohrleger unter ihrer alten Führung in den Streik treten, Streikbrecher zu spielen.

Am 14. Mai erschien ein Zuletat der Ortsverwaltung im Vorwärts, wonach am 11. Mai eine „Mitgliederversammlung“ der Rohrleger den Beschluß gefaßt habe, eine neue Branchenkommission zu wählen. Das war Schwindel und sollte die Rohrleger verwirren. Zur gleichen Zeit erhielten nämlich die leitenden Funktionäre ein Schreiben der Ortsverwaltung, worin ihnen mitgeteilt wurde:

„Eine Vertrauensmännerkonferenz, die von der Ortsverwaltung für die Rohrleger und Helfer zum Sonnabend den 11. Mai einberufen war, hat... eine neue provisorische Branchenkommission gewählt, ebenfalls eine Verhandlungskommission.“

Auch das war Schwindel, wie schon aus den zweierlei Meldungen von Mitgliederversammlung oder Vertrauensmännerkonferenz hervorgeht. In Wirklichkeit hat eine geheimhaltene Fraktionslösung von etwa 90 SPD-Rohrlegern im Sitzungssaal des DMB-Hauses getagt und die kommissarische Branchenleitung eingesetzt. Das bedeutet die bewußt herbeigeführte Spaltung der Berliner Metallarbeiter durch die Bürokratie. Dieses Verbrechen ist zu einer Zeit erfolgt, in der die Rohrleger gerade in Verhandlungen um eine Lohnerhöhung von 25 Pf. pro Stunde stehen. Die Unternehmer hofften auf die Hilfe der Reformisten, die sie durch die Zerstückelung der Einheitsfront der Rohrleger vor der Bewilligung dieser Forderung retten sollten. Der Streik

### Sie haben sich gefunden!



### Die Lage auf dem chinesischen Kriegsschauplatz

11. London, 21. Mai. Ueber die letzte Entwicklung auf dem chinesischen Kriegsschauplatz liegen nunmehr nähere Mitteilungen vor. Danach hatten die Kwangsitruppen unter Führung General Peitschungs am Montag zwar Kanton besetzt, es über bereits am Abend wieder aus der Stadt zurückgezogen, so daß die nationalen Truppen, ohne Widerstand zu finden, wieder einzufahren konnten. Die Absicht der Kwangsitruppen geht offenbar dahin, an einem Punkte in der Nähe von Kanton Verhandlungen zu erwarten, um dann mit stärkeren Kräften den Angriff auf Kanton zu unternehmen. Ueber die Kampfslage in der näheren Umgebung liegen einander widersprechende Meldungen vor. Danach sollen die Kwangsitruppen Patschan eingenommen, dagegen Tingsun geräumt haben. Von den nationalen Truppen wird gedroht, Wutschau aus der Luft zu bombardieren, wenn die Kwangsitruppen weiter vorrücken sollten. In ausländischen Kreisen Kanton herrscht starke Besorgnis, da in Abwesenheit ausreichender Truppen kommunistische Unruhen befürchtet werden. Das britische Konsulat hat alle englischen Untertanen gewarnt, die internationale Niederlassung in Kanton zu verlassen.

Chinas, unabhängig von der Nanjingregierung. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten Fung gab Fung den Auftrag, in Peking ein neues Kabinett zu bilden, das sich aus Vertretern des linken Flügels der Kuomintang und der bürgerlichen Kreise zusammensetzen soll. Fung erklärte ferner, daß die Kwangsitruppen, die Kanton besetzen, ihm als Oberbefehlshaber unterstehen. Fung rief alle chinesischen Soldaten an, gegen die Militärdiktatur Tschangkaijets zu kämpfen. Das Volk müsse den Soldaten gegen die Nanjingregierung helfen, um die Diktatur zu stürzen.

### Die Hungersnot in Kanse

11. London, 21. Mai.  
Wie Reuter aus Peking berichtet, stellt der Bericht des Leiters des Untersuchungsausschusses für die Hungersnot in der Provinz Kanse, Hingay Andrew, fest, daß in verschiedenen Gebieten der Kamiballismus herrscht. In der Nähe von Chingnan fand Andrew 35 Banditen, die von den Bewohnern getötet und teilweise aufgefressen worden waren. Andrew nahm verschiedene Erklärungen von Personen entgegen, die die Vorgänge beobachtet hatten. In einigen Bezirken sollen die Bewohner verzweifelt sein, weil sie kein Geld besitzen, die geringen, noch verfügbaren Nahrungsmittel zu kaufen, während in anderen Gebieten die Leute verhungern, weil überhaupt keine Nahrungsmittel vorhanden sind.

Fung errichtet eine eigene Regierung  
11. Peking, 21. Mai. General Fung erklärte sich am Dienstag zum Oberbefehlshaber der nördlichen Streitkräfte